

Hans-Jürgen Bömelburg: Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806). (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 5.) R. Oldenbourg Verlag. München 1995. XI, 549 S., Abb., Kte., poln. Zusfass.

Die Thesen von Hans-Jürgen Bömelburg sind inzwischen von der Forschung mit hoher Anerkennung aufgenommen worden. Von den polnischen Historikern haben diese Studie wegen ihrer Objektivität so hervorragende Kenner der Geschichte des Königlichen Preußen im 18. Jh. wie der vor kurzem verstorbene Jerzy Wojtowicz (*Zapiski Historyczne*, Bd. LXI, H. 4, S. 144–146) oder Stanisław Salmonowicz in einem Artikel „O narodzinach Prus Zachodnich (1772–1806)“ [Über die Geburt Westpreußens (1772–1806)], in: *Przegląd historyczny*, Bd. LXXXVI, II.2, S. 219–225, hochgeschätzt. Positiv ist zu vermerken, daß B. in seiner Arbeit viele Schranken niedrigerissen hat, die die deutsche, aber auch die polnische Geschichtsschreibung erheblich eingegrenzt hatten. Er hat sowohl den die deutsche Historiographie charakterisierenden Triumphalismus verworfen, der in Verbindung steht mit der Einverleibung des Königlichen Preußen in die preußische Monarchie infolge der Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795, als auch die Nostalgie nach der verlorenen Provinz, welche die polnische Geschichtsschreibung kennzeichnete.

Die Studie, eine erweiterte Fassung der an der Universität Mainz angenommenen Dissertation, besteht aus neun Kapiteln, ergänzt durch Quellen- und Literaturverzeichnisse, Indizes und eine umfangreiche Zusammenfassung in polnischer Sprache. Sie zeigt fünfzig Jahre der Geschichte (1756–1806), zuerst des Königlichen Preußen und dann Westpreußens, d. i. die Zeitspanne vom Anfang des Siebenjährigen Krieges bis zum Ausbruch des preußisch-französischen Krieges. Diese zeitliche Begrenzung ist sehr treffend gewählt. Die Arbeit stützt sich auf reiche Quellenstudien in den Archiven in Berlin (in der Anfangsphase der Forschungen noch in Merseburg) sowie in Thorn, Bromberg und Danzig. Den Ausgangspunkt für B.s Forschungen bildete der Kataster Frederici aus den Jahren 1772/73, der genaue Angaben sowohl über die Einwohner des Königlichen Preußen als auch über den Wert ihres Besitzes enthält. Obwohl der Kataster von vielen Historikern, u. a. von Stefan Cackowski, Kornelia Hubrich-Mühle und eben letzts von B. untersucht wurde, stellt er für die Forscher weiterhin eine Herausforderung dar. Dank dieser ausgezeichneten Quelle hätte sich B. eigentlich auf ein statistisches Bild der preußischen Provinz im Moment ihrer Annexion durch Friedrich II. beschränken können, und schon dann wäre ein brauchbares und wertvolles Buch entstanden. Die Forscherwißbegier des Autors hat aber dazu geführt, daß er sich eine viel ehrgeizigere Aufgabe gestellt hat, nämlich die ganze Dynamik des Übergangs des noch im Ständesystem steckenden Königlichen Preußen in eine Provinz des absolutistischen Staates der Hohenzollern, mit dem neuen Namen Westpreußen, zu ergründen. B. hat in seiner Studie auch die umfangreiche Literatur zum Thema benutzt, einschließlich des reichen wissenschaftlichen Ertrags der polnischen Geschichtsschreibung.

Das besprochene Buch setzt sich aus mehreren Teilen zusammen. Kap. I und II, in denen der Forschungsstand vorgestellt wird, zeigen die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Königlichen Preußen, der polnischen Republik und dem Königreich Preußen vor der ersten Teilung Polens im Jahre 1772. Originär Neues zu bieten hat der die Kap. VI–VIII umfassende Teil des Buches. Der Autor stützt sich hier auf gründliche Archivstudien, welche die Inkorporationsprozesse der neuen Provinz zeigen. Ein Mangel dieses Teiles ist, daß die Zeitspanne 1795–1806 nur am Rande besprochen wird. Kap. IX bildet schließlich eine die ganze Arbeit verbindende Klammer. Nach meiner Meinung hat der Autor recht, wenn er behauptet, die Teilungen Polens in den Jahren 1772 und 1793 hätten die natürliche Entwicklung des Regionalbewußtseins und der regionalen Identität im Königlichen Preußen unterbrochen. Richtig ist auch die These,

daß die ersten 40 Jahre des ehemaligen Königlichen Preußen im Rahmen des preußischen Königreiches, entgegen den früheren Auffassungen, keine sichtbare Modernisierung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens in der neuen Provinz gebracht haben. Interessant ist ferner, wie der Vf. die ablehnende Politik des preußischen Staates gegenüber dem Katholizismus und die Bevorzugung des Protestantismus zeigt. Die sehr gute Studie von B. und Wolfgang Neugebauers Buch: *Politischer Wandel im Osten: Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus* (Stuttgart 1992), das sich wiederum auf Ostpreußen konzentriert, schließen eine Lücke in der Erforschung des Übergangs der Ständegesellschaft zu den modernen politischen Systemen. Im Falle des Königlichen Preußen war der aufgeklärte Absolutismus preußischen Typs – gestützt auf Zentralismus – nach B.s Auffassung nicht der beste Weg zur wirtschaftlichen und politischen Modernisierung dieser Provinz. Ein natürlicherer Weg zur Modernisierung der Ständegesellschaft im Königlichen Preußen wären Reformen, gestützt auf liberale Grundsätze, angenommen in der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791, gewesen.

Thorn/Toruń

Janusz Mańtek

Erik Tibergh: *Moscow, Livonia and the Hanseatic League 1487–1550.* (Acta Universitatis Stockholmiensis; Studia Baltica Stockholmiensia, 15.) Im Selbstverlag: Erik Tibergh, Skolgatan 21, 3 tr., S-75312 Uppsala. 1995. X, 290 S., 4 Ktn.

Es ist hoch zu begrüßen, daß die Arbeit Erik Tiberghs, über die wir bisher fast nur durch eine Zusammenfassung unterrichtet sind (HGbl 95, 1975, 13–70), nach mehr als zwanzig Jahren in vollem Text und in englischer Sprache vorliegt. Damit besteht die Chance, daß die vorgelegten Forschungen, denen der Anspruch auf internationale Aufmerksamkeit zukommt, eine angemessene Rezeption erfahren. Tatsächlich spielt die historische Einordnung und Begründung des ersten russischen „Durchbruchs“ zur Ostsee im Livländischen Krieg (1558–82), also zu Beginn der Neuzeit, eine langfristig gravierende, vielleicht noch in der Gegenwart spürbare Rolle. Darum erscheint es angebracht, auf T.s Forderung einzugehen, gängige Aussagen, die auch in der seriösen Geschichtsschreibung zur Vorgeschichte und zur Erklärung des Kriegausbruchs herangezogen werden, unter die Lupe zu nehmen. Für den Zeitraum zwischen 1487 und 1557 gilt das aus der Sicht des Vfs. in erster Linie für die Annahme zahlreicher Autoren, Ivan IV. (1533–84) habe, als er Livland im Januar 1558 mit der angeblichen Absicht angriff, Rußland einen Zugang zur offenen See zu verschaffen, die Politik seines Großvaters Ivan III. (1462–1505) aufgenommen. Hauptsächlich der Wunsch, die Barriere der hanseisch-livländischen Handelsherrschaft im Ost-West-Verhältnis zu sprengen, habe diese Moskauer Livlandpolitik bestimmt. Als eine rückwärtsgerichtete Projektion bezeichnet T. auch die Annahme, schärfere Spannungen, die Kontrolle der Kontakte zu Novgorod betreffend, seien zwischen den wendischen und den livländischen Hansen schon im 14./15. Jh. aufgetreten. Dagegen hält er, daß es hier zu historisch relevanten Konfrontationen wegen des Gästehandels erst um 1540 gekommen ist. Gegen die erwähnte, durch westliche Denkmuster geprägte Unterstellung dagegen, auch dem Moskauer Expansionsstreben hätten im 15. Jh. ökonomische Motive zugrundegelegen, vertritt T. die These, Ivan III. habe sich umgekehrt bemüht, den Handel der Hansen in den Dienst seiner politischen Ambitionen zu stellen. Er bezeichnet als ausschlaggebenden Grund für die Malträtierung der in Novgorod residierenden Hansekaufleute nach der Eroberung des Großfürstentums durch Moskau die Absicht, angesichts des russischen Angriffs gegen den Deutschen Orden der Hanse das Zugeständnis der Neutralität abzupressen. Die Vorstellung, bei der Schließung des Kontors 1594 und der Verschleppung der Hansen sei es um eine Maßnahme zur Förderung des Moskauer Außenhandels gegangen, sei absurd. Die hierzu von T. vorgelegte Analyse der Zusammenhänge ist in-